



EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT
ABTEILUNG FÜR AUSWÄRTIGES

Bern, den 31. Oktober 1946.

An das Eidgenössische Politische Departement,
Politische Angelegenheiten,

B e r n .

Herr Minister,

Nach Einsicht der Akten, welche die Ereignisse bei unserer Vertretung in Ungarn während und nach der Belagerung von Budapest wiedergeben, gestatte ich mir, Ihnen diesen summarischen Bericht zu überreichen, welcher allerdings heute eher historischen Wert hat, aber doch zur Vervollständigung des ganzen komplexen Bildes dienen kann.

Der Leiter der Abteilung für fremde Interessen, Konsul Karl Lutz, war von Weihnachten 1944 an im britischen Gesandtschaftsgebäude in Buda abgeschlossen und hatte mir zu diesem Zeitpunkt die Leitung der Abteilung übergeben. Aus diesem Grunde konnte er unsern Arbeiten nicht mehr folgen und war deshalb auch in seinem kurzen Berichte vom 1. Mai 1945, welcher auf seiner von den Behörden forcierten Rückreise zusammengestellt wurde, nicht in der Lage, die vielseitigen Ereignisse zu berühren, welche unsere letzten Verhandlungen mit den ungarischen und deutschen Behörden und unsern ersten Kontakt mit der Roten Armee und den russischen Zivilbehörden umgaben.

I.

Bis zum Einmarsch der Roten Armee war uns die Aufgabe gestellt, die Sicherheit des Gesandtschaftsgebäudes der früheren amerikanischen Gesandtschaft zu gewährleisten. In diesem Gebäude waren die Büros der Abteilung für fremde Interessen untergebracht, wie sich auch dort erhebliche Werte der früheren diplomatischen Vertreter der Vereinigten Staaten befanden.

./.



Desgleichen war während diesen letzten Tagen des alten Regimes das Leben der unter unserm Schutze stehenden Staatsbürger wie auch dasjenige der Angestellten der Abteilung zu sichern. Schliesslich mussten von den sog. "geschützten Häusern", in welchen die mit schweizerischen Schutzpässen versehenen Juden untergebracht waren, die Angriffe der damaligen ungarischen nationalsozialistischen militanten Gruppen abgewehrt werden.

Der Ueberfall vom 31. Dezember 1944 auf das unter dem Schutze der Gesandtschaft stehende Gebäude in der Vadasz-Ucca 29, in welchem die Büros für die sog. Palästina-Auswanderung untergebracht waren, bildeten den Ausgangspunkt für diese Verhandlungen, welche mit den ungarischen und deutschen Behörden geführt wurden und sich bis zum 12. Januar 1945, d.h. bis vier Tage vor der endgültigen Besetzung von Pest, hinzogen.

Auf unsere Intervention hin war das Polizeikommando am 31. Dezember 1944 noch in der Lage einzugreifen, um weitere Schritte der ungarischen nationalsozialistischen Terrororganisation zu unterbinden; dies allerdings erst, nachdem die erste Handgranate geworfen wurde und auch ihr Opfer gefunden hatte. Anlässlich dieser Verhandlung, welche in der Luftschutzzentrale im Stadthause stattfand, wurde uns mitgeteilt, die Polizei sowie auch die oberste Parteileitung seien zwar gewillt, die Rechte der Exterritorialität der Gesandtschaft auch weiterhin anzuerkennen, aber dies nur unter zwei Vorbehalten: es müsse mit der Internierung der jüdischen Angestellten der Gesandtschaft (Angestellte, welche seinerzeit von der amerikanischen Gesandtschaft übernommen wurden) gerechnet werden. Der weitere Vorbehalt bestand in dem Hinweise darauf, dass die Macht nicht mehr in den Händen der obersten Parteileitung oder des obersten ungarischen Stadtkommandos liege, sondern, dass die einzelnen lokalen Bezirksorganisationen der Partei selbständige Aktionen unternähmen, auf welche lediglich von oberster Stelle ein mildernder Einfluss ausgeübt werden könne. Jedenfalls wurde die weitere Stellung der bereits bestehenden Polizeiwache beim Gesandtschaftsgebäude zugesichert und unserm Wunsche, dass dieselbe dort auch ihr Wohnquartier aufschlagen solle, Folge gegeben (vergl. Protokoll über die Verhandlungen vom 31. Jan. 1944).

Diese Stellungnahme der obersten Polizei- und Parteistellen veranlasste die Besprechung vom 2. Januar 1945 mit dem deutschen Stadtkommandanten von Budapest im Hotel Astoria (General Remlinger), welcher inzwischen von den Russen in Leningrad als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und erhängt worden ist. Anwesend bei der Besprechung war auch der Adjutant von Remlinger, ein Major Schuster. Beide erklärten sich sofort bereit, "solange sie dies noch könnten", den Schutz der exterritorialen Rechte der schweizerischen Gesandtschaft als Stadtkommando der Reichswehr zu garantieren und auch sämtliche, hiezu notwendigen Massnahmen zu treffen, falls Mitglieder der ungarischen nationalsozialistischen Terrororganisationen - wie uns dies in Aussicht gestellt wurde - das Gesandtschaftsgebäude stürmen wollten. Auf unsere Frage nach der Dauer des noch zu erwartenden Widerstandes machte Remlinger eine pessimistische Geste auf die oberen Stockwerke des Hotels und auf die Strasse, wo alles brannte und die sich folgenden Einschläge der russischen Artillerie und Fliegerbomben ein beredtes Zeugnis von der Ueberlegenheit des Angreifers abgaben (vergl. das Protokoll über die Verhandlungen vom 2. Januar 1945).

Eine Abteilung, welche die auf dem Sabadsag-Ter vor der Gesandtschaft stationierte deutsche Artillerie bediente, wurde mit der Durchführung der notwendigen Massnahmen beauftragt. Diese Leute, unter dem Befehl eines Oberfeldweibels, waren jederzeit bereit, die Pfeilkreuzlerbanden bei irgendwelchem Ueberfall von der Gesandtschaft wegzutreiben. Während der ganzen Belagerung distanzierten sich die eigentlichen Reichswehrorgane von den S.S.-, S.A.- sowie von den ungarischen Nazi-Formationen.

Die Stellung einer militärischen Wache neben der Polizeiwache wurde nicht verlangt, da die militärische Hilfe nur im äussersten Fall in Anspruch genommen werden sollte. Wir standen von Anfang an auf dem Standpunkt, dass jegliche Vorschläge für einen ständigen militärischen Schutz, welcher uns auch von seiten ungarischer militärischer Dienststellen angeboten wurde, abzulehnen sei^{en}, da die Sicherung einer Gesandtschaft nur auf dem Rechte der Exterritorialität aufgebaut werden kann und nicht auf einer Verteidigung mit Waffengewalt.

Ein Eingreifen des deutschen Militärs war nicht mehr notwendig, da wir dafür sorgten, dass die Bereitschaft der oben erwähnten deutschen Formationen bekannt wurde, sodass die Pfeilkreuzler sich nicht mehr in die Nähe der Gesandtschaft wagten. Ausserdem waren die Verhältnisse auf dem Sabadsag-Ter zufolge der immer intensiveren militärischen Operationen bereits so weit gediehen, dass diese Banden es vorzogen, im Keller zu bleiben und auch nach dem am 14. Januar 1945 erfolgten Abzuge der deutschen Sturmgeschütze von diesem Platze sich nicht mehr zeigten.

Es sei in diesem Zusammenhang auf den deutschen Oberfeldweibel hingewiesen, welcher auch die Sprengung des Munitionslagers im Gebäude der Börse gegenüber der Gesandtschaft durch S.S.-Truppen verhinderte, indem er die notwendigen Anleitungen gab, wie und wo die bereits vorbereiteten Sprengkabel unschädlich gemacht werden konnten, und damit eine Katastrophe verhinderte. Der Oberfeldweibel ist Mitte Januar 1945 einer Granatsplitterverletzung erlegen.

Während die Aktionen gegen die andern Gesandtschaften sowie auch gegen die unter deren Schutz stehenden Juden fort-dauerten, war es möglich, alle Aktionen gegen die schweizerische Gesandtschaft, wie auch gegen die unter ihrem Schutze stehenden Juden aufzuschieben (vergl. die Protokolle über die Verhandlungen vom 6. und 7. Januar 1945), bis am 8. Januar 1945 der Kontakt mit dem Vertreter der Soproner Regierung in Budapest aufgenommen werden konnte. Noch am 7. Januar 1945 wurde uns bekanntgegeben, dass die Lage für die interessierten Gesandtschaften denkbar schlecht sei, da sich die Partei auf Weisung von Szalasi die Durchführung des folgenden "Schlussprogramms" vorgenommen habe:

- 1) eine radikale Lösung der Judenfragen;
- 2) bis jetzt bestehende Erleichterungen können nicht mehr gewährt werden, da ein Attentatsversuch auf ungarisches Militär von einem der "geschützten Häuser" aus organisiert worden sei. Alle Juden müssten deshalb aus diesen Häusern ins Getto gebracht werden;

3) die Exterritorialität der Gesandtschaften könne nicht mehr garantiert werden, nachdem diese schon lange aufgefordert worden seien, sich an den jetzigen Sitz der ungarischen Regierung in Sopron zu begeben.

Während derselben Verhandlung hatte uns der Verbindungsmann zwischen Partei und Polizei darauf aufmerksam gemacht, dass mit dem Beginn von Terroraktionen gegenüber den Mitgliedern der Gesandtschaft und mit den entsprechenden Hausdurchsuchungen sofort gerechnet werden müsse. Des weitern wurde uns zu verstehen gegeben, dass wir einer Einladung des Vertreters der Soproner Regierung ins Aussenministerium, welches sich in Buda befand, nicht Folge leisten sollten, da dort zu unserm Empfange bereits eine bekannte Terroristengruppe einquartiert worden sei. Derselbe Verbindungsmann erreichte an diesem Tage wiederum eine Verschiebung aller geplanten Aktionen und teilte uns mit, dass der Beauftragte der Regierung am nächsten Tage in Pest im Polizeikommando zu sprechen sein werde. Ebenso gab er uns den Rat, uns mit der deutschen Wehrmacht in Verbindung zu setzen, was ja in der Zwischenzeit bereits geschehen war.

Am 8. Januar 1945 in der Früh fand mit Herrn Krausz, Miklos, dem Leiter der Jewish Agency und Herrn Dr. Wilhelm, Karoly, einem prominenten Mitgliede des Judenrates, eine Besprechung statt. Beide Herren erklärten, dass die Lage hoffnungslos sei, und dass die ganze bisherige Rettungsaktion der Schweizerischen Gesandtschaft in Frage gestellt werde, falls es nicht noch am selben Tage gelinge, mit dem Vertreter der Soproner Regierung, Vajna, zu einer sofortigen und endgültigen Einigung zu kommen. Auch aus den geschützten Häusern seien Informationen eingetroffen über Vorbereitungen zum sofortigen Abtransporte der Juden. Ein solcher Abtransport wäre das Ende. Wir begaben uns hierauf wieder zum Hauptquartier der Polizei und des Regierungsvertreters im Keller des Stadthauses, wo in der Zwischenzeit auch die sich zum Zentrum der Stadt zurückziehende SS ihr Quartier aufgeschlagen hatte.

An diesem Tage fand auf der Strasse vor dem Stadthaus noch ein grosser Aufmarsch der ungarischen Nazis statt, welche mit vielen Fahnen auf der Strasse herumstanden. Diese Demonstration war zur Hebung der Moral der Verteidigung unter dem Vorwande organisiert worden, dass Szalasi mit einem Fieseler Storch nach Budapest komme, um alle Massnahmen zum Entsatz der Stadt zu treffen und den Einsatz der neuen deutschen Geheimwaffen zu überwachen. Das verstärkt einsetzende Artilleriefeuer der Russen zerstreute indessen bald die Demonstranten.

In der anschliessenden Verhandlung mit Vajna, dem Vertreter der Soproner Regierung, wurde dieser zunächst ersucht, 25 USA-Staatsbürger, welche in das Getto gebracht worden waren, sofort von dort wegzuschaffen. Diesen Wunsche wurde stattgegeben, und die amerikanischen Staatsbürger jüdischer Abstammung konnten in unsern "geschützten Häusern" untergebracht werden.

Es wurde von Vajna hierauf der sofortige und endgültige Verzicht auf alle gegen die Gesandtschaft und gegen die "geschützten Häuser" ins Auge gefassten Massnahmen verlangt, und zwar auf Grund des von der Regierung seinerzeit zugesicherten Auswanderungskontingentes für ungarische Juden. Vajna machte militärische Gründe geltend, weshalb eine Ueberführung sämtlicher Juden ins Getto notwendig geworden sei, da bei deren Verbleib am jetzigen Orte leicht eine Bedrohung der kämpfenden Truppen entstehen könnte. Nach langem Hin und Her, wobei noch mit der Verhaftung sämtlicher ungarischer Staatsbürger in Amerika gedroht wurde, erklärte sich Vajna bereit, die schweizerischen "geschützten Häuser" nicht mehr anzutasten. Gewisse technische Details, welche sich in dieser Vereinbarung ergaben, wurden in unserer Besprechung vom 10. Januar 1945 abgeklärt. (Vgl. Prot. vom 8. und 10. Januar 1945).

Nachdem sich die Front ständig dem Stadtzentrum näherte, war es Vajna anscheinend darum zu tun, sein Entgegenkommen auch gegenüber dem Auslande festlegen zu lassen, und er bat uns aus diesem Grunde, als Gegendienst für sein Entgegenkommen, eine entsprechende Mitteilung über seinen Kurzwellensender an die schweizerische Regierung zu senden. Von einer Gegenleistung in der Form der Anerkennung der Soproner Regierung war schon nicht mehr die Rede. Unter dem Vorwande, eine so wichtige Mitteilung müsse in sorgfältiger Weise konzipiert werden, versprachen wir, am selben Abend Vajna den Text zu überbringen, da wir bereits wussten, dass sich Vajna wegen der drohenden Nähe der russischen Truppen noch am Tage nach Buda flüchten werde.

Anlässlich unseres Besuches in Buda am Morgen des 9. Januar 1945 hatten wir noch Gelegenheit, Herrn Legationssekretär Feller und Herrn Konsul Lutz über sämtliche Verhandlungen und deren Resultate zu orientieren. Es war dies der letzte Besuch in Buda, da die Brücken unter ständigem Beschuss lagen und zum Teil schon schwer beschädigt waren, sodass die Brückenwachen nicht mehr für deren Tragfähigkeit garantieren wollten. Kurz darauf wurden die Brücken auch gesprengt.

Es liegt mir daran festzustellen, dass die Verhandlungen, welche sich auf die "geschützten Häuser" bezogen, geführt wurden, ohne die eigentlicherrechtliche Grundlage hiezu zu untersuchen. Diese war nie ganz abgeklärt, und unsere Handlungen stützten sich lediglich auf allgemeine Gründe der Menschlichkeit, auf welche sich auch die seinerzeitige von Präsident Roosevelt verfasste Botschaft in dieser Frage bezog, welche Botschaft noch durch Minister Jäger dem damaligen Reichsverweser Horthy überreicht worden war.

Nachdem man uns die Juden vor der Gesandtschaft an die Bäume hängte oder dieselben vor unsern Augen erschoss und in die Donau warf, gab es unsererseits nicht viel zu überlegen, da eine solche Lösung des Judenproblems über die im Rahmen der menschlichen Gesellschaft notwendigen Grundsätze des Zusammenlebens hinausging. Die Verknüpfung der Schutzaktion mit der Palästinaauswanderung und damit mit den von uns vertretenen britischen Interessen war auch nur ein Vorwand, welcher bei den damaligen ungarischen Behörden vorgebracht werden konnte. Der materielle Inhalt unserer Verhandlungen wurde auch immer von geringerer Bedeutung, da es sich nur darum handelte, bis zum Einrücken der Roten Armee Zeit zu gewinnen, um die letzten befürchteten Atrozitäten gegen die Gesandtschaft, deren Mitglieder und gegen die unter ihrem Schutze stehenden Personen zu verhüten.

Sämtliche Juden, welche auf Grund dieser Verhandlungen in den "geschützten Häusern" verbleiben konnten, erlebten den Einmarsch der Roten Armee.

Es ist vielleicht von Interesse abschliessend zu erzählen, dass sich die meisten dieser Juden nach ihrer Befreiung nicht als Ungaren bezeichneten, sondern den Funktionären der Roten Armee gegenüber immer wieder feststellten, sie seien amerikanische, englische, schwedische oder schweizerische Staatsbürger. Ein höherer russischer Offizier fragte mich deshalb einmal, wo eigentlich die Ungaren seien, die so sehnsüchtig auf die Befreiung gewartet hätten. Der Grund dieses Verhaltens der Juden lag in dem Bestreben, nicht zu den allgemeinen obligatorischen Aufräumungsarbeiten herangezogen zu werden.

Dies war übrigens nicht nur ein jüdisches, sondern ein allgemeines Bestreben der ungarischen Einwohnerschaft. Viele kamen nun zu uns, um Schutz gegen die Rote Armee zu verlangen. Einige gingen sogar so weit, auf Grund der in den Schutzpässen enthaltenen Fiktion nun wirklich die sofortige Einreise in die Schweiz zu begehren. Unsere Antwort war natürlich immer, dass nach der Befreiung von Budapest ein weiterer Schutz überflüssig sei. Der Standpunkt der russischen Funktionäre war übrigens klar. Es wurde kein Unterschied mehr gemacht zwischen den verschiedenen Rassen, und jeder ungarische Staatsbürger musste sich an den Aufräumungsarbeiten beteiligen. Es wurden zunächst sogar alliierte Staatsbürger herangezogen, was jedoch auf Grund unserer spätern Intervention aufhörte.

II.

Die erste Fühlungnahme mit den Russen im Gebäude der Gesandtschaft fand am 19. Januar 1945 statt. Es handelte sich um Fronttruppen, welche gegen das Stadtzentrum zogen, wo deutsche und ungarische Truppen immer noch um die Brückenköpfe, auch nach Sprengung der Brücken, schwachen Widerstand leisteten. Diese durchziehenden Truppen bestaunten die amerikanische und die schweizerische Flagge und verlangten nach Getränken. Die von uns am selben Tage engagierten zwei russischen Dolmetscher ungarischer Staatsangehörigkeit erklärten den Russen ständig unsere Situation. Irgendwelche Aktionen dieser Truppen gegen Bewohner oder gegen das Eigentum der Gesandtschaft am Sabadsag-Tér war nicht zu verzeichnen. Der wichtigste Grund für dieses positive Verhalten der russischen Truppen uns gegenüber war wohl die durch die Anwesenheit der Dolmetscher gegebene Möglichkeit einer direkten Verständigung. Ein zuständiges militärisches Kommando konnte indessen bei dem noch ständigen Wechsel der Truppen nicht gefunden werden.

Am 25. Januar 1945 wurden wir durch einen freundlichen jungen Offizier zu einem Major der politischen Frontpolizei "zum Mittagessen" eingeladen. Diese Einladung wurde jedoch

gleich durch zwei militärische Wachen bekräftigt, welche uns auf einer langen Wanderung in den Vorort Uj-Pest führten, wo in einem kleinen schmutzigen Häuschen das Kommando dieser russischen Einheit installiert war. Dort liess man uns zunächst bei grimmiger Kälte bis zum Abend warten. Bei der Vernehmung erklärte uns der betreffende Major, wir seien verhaftet. Es gebe keine fremden Interessen, es gebe nur e i n Interesse, dasjenige der Roten Armee. Ich fragte, ob es sich hier um eine Meinungsäusserung des Moskauer Aussenkommissariats handle. Der Major antwortete ausweichend. Der Dolmetscher, ein Ungare jüdischer Abstammung, der die Arbeiten der Abteilung im Interesse der ungarischen Juden gut kannte, erklärte ihm nun eingehend unsere Tätigkeit, ohne den Major jedoch von unserer Ungefährlichkeit überzeugen zu können. Schliesslich wurde uns mitgeteilt, wir seien zwar verhaftet, aber könntennach Hause gehen, man werde uns ja, wann immer notwendig, erreichen, falls man uns einsperren wolle. Zum Schluss liess uns der Major noch mitteilen, wir müssten unser Büro sofort schliessen. Seinem Wunsche konnte nicht Folge gegeben werden, und wir hörten nie mehr etwas von diesem Frontkommando.

Die nächsten Tage vergingen mit der vergeblichen Suche nach einem Stadtkommando. Wir trafen zwar an verschiedenen Stellen von Pest einige höhere Offiziere, aber keiner erklärte sich kompetent zur Behandlung unserer Angelegenheiten. Diese Situation war typisch für die russischen Organisationsmethoden. Alles wurde von einer unsichtbaren Stelle aus dirigiert und trotz aller Unordnung in der Ruinenstadt sah man das Werk einer mit unglaublicher Präzision arbeitenden Organisation, ohne dass es jedoch möglich gewesen wäre, eine verantwortliche Stelle zu finden.

Am 30. Januar 1945 wurde endlich bekannt, dass sich ein russisches Stadtkommando für Gross-Budapest an der Kun-Ucca installiert habe. Wir machten uns am 31. Januar 1945 zu diesem, am andern Ende der Stadt liegenden Kommando in Begleitung eines Dolmetschers auf den Weg. Die Stadt, welche immer noch von den sich in Buda verteidigenden Deutschen beschossen wurde, erwachte gerade wieder zu ihren ersten Lebensregungen.

General Tschernisov, der neue Stadtkommandant, empfing vor uns eine Delegation der Budapester Kirchenväter und ersuchte diese, während der Verabschiedung unter der Türe, wie unser Dolmetscher uns später mitteilte, dafür zu sorgen, dass am andern Sonntag unbedingt wieder sämtliche Kirchenglocken in Betrieb gesetzt würden.

Nach der Begrüssung besichtigte General Tschernisov zunächst unsere Vollmachten und Legitimationen. Er erkundigte sich, wer die Vollmachten unterzeichnet habe. Es wurde ihm geantwortet, dass Konsul Lutz, Leiter der Abteilung für fremde Interessen, für den Fall, dass die Stadtteile Buda und Pest voneinander abgeschnitten würden, diese Vollmachten ausgefertigt habe. Herr Konsul Lutz werde sich nach der Befreiung von Buda die Ehre geben, den General persönlich aufzusuchen.

Der General fragte uns hierauf, ob uns bekannt sei, dass Russland keine diplomatischen Beziehungen mit der Schweiz unterhalte. Es wurde ihm geantwortet, diese Tatsache sei uns bewusst, aber die Gesandtschaft habe seitens der Alliierten die Versicherung erhalten, dass sie zufolge ihrer Tätigkeit in der Vertretung alliierter Interessen in Budapest verbleiben könne und seitens der Roten Armee den notwendigen Schutz erhalten werde.

Der General gab sich mit dieser Feststellung zufrieden und erklärte sich bereit, die einzelnen Anliegen anzuhören:

1. Schutz der Gesandtschaftsgebäude der Abteilung für fremde Interessen.

Der General stellte Wachen in Aussicht, wünschte aber die schriftliche Unterbreitung dieses Ansuchens, um mit den kompetenten Militärstellen Fühlung nehmen zu können.

2. Es wurde dem General mitgeteilt, dass die Ernährungslage in der Stadt Budapest auch für die alliierten Staatsbürger katastrophal sei und dass die russischen Behörden Schritte unternehmen sollten, um im Sinne des Waffenstillstandsabkommens die Ernährung dieser Staatsbürger durch die ungarische Regierung sicherzustellen.

Der General war nicht in der Lage, diesem Ansuchen Folge zu geben und bat uns, in dieser Frage den direkten Kontakt mit den ungarischen Behörden aufzunehmen.

Nachdem bei den damaligen Verhältnissen eine Hilfe ungarischerseits ausgeschlossen erschien, wurde der General ersucht, den alliierten Staatsbürgern wenigstens die Möglichkeit zu geben, die Hauptstadt zu verlassen, um vorderhand in der Provinz zu leben, da dort die Ernährungslage eine wesentlich bessere war.

Der General befürwortete diesen Vorschlag und ersuchte um jeweilige Mitteilung der Anzahl alliierter Staatsbürger, für welche die Ausreise aus Budapest organisiert werden müsse.

3. Es wurde der General über die Entwendung sämtlicher Gesandtschaftsautomobile durch russisches Militär orientiert. Der momentane Standort eines einzigen Wagens sei bekannt. Der General stellte hierauf 2 militärische Wachen zur Verfügung, welche sich mit meinem Chauffeur auf die Suche nach diesem Wagen machten, ihn aber nicht mehr fanden. (10 Tage später schickte General Tschernisov von sich aus eine Fahrerlaubnis und ein Wagenpapier, welches in der Folge für einen aus auf der Strasse herumliegenden Bestandteilen zusammengestellten Wagen verwendet werden konnte.)
4. Es wurde dem General vorgetragen, dass verschiedentlich alliierte Staatsbürger, vor allem Angestellte der Gesandtschaft auf der Strasse aufgehalten und zur Arbeit aufgefordert würden.

Auch in dieser Frage verlangte der General einen schriftlichen Antrag und versprach, für die Ausstellung entsprechender Legitimationspapiere besorgt zu sein.

Es folgte hierauf eine prinzipielle Auseinandersetzung über die Frage des Fortbestandes der schweizerischen Gesandtschaft, Abteilung für fremde Interessen. Der General äusserte die Ansicht, dass die Abteilung nun ihren Zweck erfüllt habe und geschlossen werden könne.

Es wurde dem General geantwortet, dass wir uns vollkommen bewusst seien, dass nach dem Einmarsch der alliierten russischen Armee die eigentliche Schutzfunktion der Gesandtschaft für fremde Interessen aufgehört habe. Die Aufgabe der genam-

ten Abteilung sei nun, die Rückgabe der seinerzeit übernommenen Interessenvertretungen vorzubereiten. Dies sei aber erst möglich, wenn die einzelnen Staaten ihre Vertreter nach Ungarn und nach Budapest entsenden könnten. Bis zu diesem Zeitpunkte möchten wir es als unsere Aufgabe bezeichnen, die russischen Militär- und Zivilstellen jeweils auf die bestehenden alliierten Interessen aufmerksam zu machen, falls irgendwelche Uebergänge vorkommen sollten. Als Beispiel für die Richtigkeit dieses Standpunktes wurden die verschiedenen Aktionen angeführt, die von Mitgliedern der Roten Armee gegen das Gebäude der rumänischen Gesandtschaft, welches auch unter unserm Schutze stand, unternommen worden waren.

Der General nahm diese Feststellung zur Kenntnis und war in der Folge immer bereit, unsere Anliegen entgegenzunehmen. Ebenso erklärte er, nachdem wir ihn auf das Vorhandensein vieler gefälschter Ausweispapiere aufmerksam gemacht hatten, dass er alliierte Staatsbürger, deren Interessen wir vertraten, nicht persönlich empfangen werde, sondern dass deren Anliegen durch uns vorzutragen seien.

Auf Grund unserer schriftlichen Anträge und auf Grund unserer Verhandlungen vom 2. und 3. Februar 1945 wurden alle vorgetragenen Wünsche erfüllt. Die Gesandtschaft erhielt eine militärische Wache, die notwendigen Legitimationen wurden ausgefüllt und die alliierten Staatsbürger konnten nach Wunsch in die Provinz reisen.

Die weiteren Verhandlungen während den nächsten Wochen bezogen sich auf laufende Angelegenheiten. So genehmigte z.B. der General unsern Antrag, den amerikanischen Staatsbürgern in Budapest ein Hotel zur Verfügung zu stellen und gewährte auch seine Hilfe bei der Inbetriebsetzung dieser durch uns auf die Beine gestellten Organisation (vergl. die Protokolle über die Verhandlungen vom 2., 4. und 16. Februar 1945).

Zur selben Zeit konnte auch der Kontakt mit den neuen, sich wieder organisierenden ungarischen Behörden aufgenommen werden, welche uns auch alle den damaligen beschränkten Möglichkeiten entsprechende Hilfe angedeihen liessen (vergl. z.B. das Protokoll über die Verhandlungen vom 3. Februar 1945).

Es ist von Interesse, in diesem Zusammenhange auf das kurze Zwischenspiel von Graf Kutusov-Tolstoi hinzuweisen und hierbei auch kurz die Frage der Vertretung der russischen Interessen durch die schwedische Gesandtschaft in Ungarn zu berühren.

Tolstoi, welcher als belgischer Staatsangehöriger auch unter unserm Schutze stand, war selbst in den ersten Tagen der Besetzung von Pest von den Russen eingesperrt worden, wurde aber, nachdem er sich bei der Betreuung russischer Kriegsgefangener Verdienste erworben hatte, wieder auf freien Fuss gesetzt. Wie wir später aus russischer Quelle erfuhren, hatte der schwedische Minister Danielsen seinerzeit der schwedischen Regierung zu verstehen gegeben, dass eine Vertretung russischer Interessen de iure nicht übernommen werden solle. De facto begann sich Danielsen später in den Monaten November und Dezember des Jahres 1944 beim Näherrücken der russischen Armee für die russischen Interessen zu interessieren und so wurde es auch Tolstoi freigestellt, sich mit den russischen Kriegsgefangenen in Ungarn zu befassen. Es handelte sich hierbei allerdings nur um eine geringe Anzahl, da im Prinzip alle russischen Gefangenen von den Ungaren den Deutschen übergeben wurden. Tolstoi organisierte eine Art Spital und konnte dieses nach dem Einmarsch der Roten Armee den Russen übergeben. Tolstoi gewann durch dieses Vorgehen das Vertrauen der Russen und diente eine Zeitlang General Tschernisov als Dolmetscher und Berater. Zu diesem Zwecke wurde auch ein Büro organisiert, welches die Interessen der fremden Staatsbürger vor dem russischen Stadtkommando vertreten sollte (Office central des Etrangers près du Commandant Militaire de Budapest, Scitovszky-Tér 2). Sein Ansuchen, für jeden von uns vertretenen Staat einen unserer Angestellten in sein Büro zu delegieren, wurde meinerseits abgelehnt, mit dem Hinweisse darauf, dass von einer Substitution der uns übertragenen Vollmachten nicht die Rede sein könne (vergl. die Protokolle über die Verhandlungen vom 8., 17. und 27. Februar 1945).

Das oben genannte Büro von Tolstoi wurde nach kurzer Zeit wieder geschlossen, nachdem in der Person von Legationsrat Ossokin ein Fachmann des Moskauer Aussenkommissariats in Budapest eingetroffen war, welcher auch schon als Beobachter

unsern ersten Verhandlungen mit General Tschernisov folgte. Ossokin veranlasste die Schliessung des Büros, wie er auch bald den diplomatischen Sektor der Tätigkeit von General Tschernisov übernahm und auch die Versetzung des Generals, welche am 15. März 1945 erfolgte, veranlasste.

Tolstoi war sprachengewandt und konnte Tschernisov seine Kenntnisse in den westlichen Belangen zur Verfügung stellen. Es kam ihm aber nie die Bedeutung zu, welche einige heimkehrende Funktionäre der schweizerischen Gesandtschaft ihm unterstellt haben. Nach der aktiven Arbeitsaufnahme von Ossokin wurde Tolstoi nur mehr intern verwendet. Er betätigte sich in den Kreisen der hohen russischen Funktionäre als Sprachlehrer und hielt auch sog. "Kulturkurse" ab. In dieser Position war er im ständigen Kontakte mit den höchsten russischen Stellen und kam dabei öfters in die Lage, für ungarische und fremde Staatsbürger erfolgreich zu intervenieren. Tolstoi geniesst auch heute das vollste Vertrauen von Ossokin.

Eine persönliche Divergenz zwischen Tolstoi und Lutz mag von früher her bestanden haben, war aber sicherlich ohne Bedeutung für irgendwelche Entscheidungen der russischen Behörden.

Die erste gemeinsame Besprechung nach der Rückkehr von Konsul Lutz fand am 22. März 1945 im Stadtkommando statt. Wir wurden vom Stellvertreter des Stadtkommandanten empfangen. Dieser war indessen damals schon nicht mehr in der Lage, unsere Angelegenheiten zu behandeln, da in der Zwischenzeit Ossokin als Mitglied der interalliierten Kontrollmission den Verkehr mit den fremden Regierungen und Staatsbürgern bereits zum grossen Teil übernommen hatte.

Die erste Besprechung mit Ossokin in seiner neuen Eigenschaft fand am 23. März 1945 im Hotel Britannia statt. Ausser einigen laufenden Angelegenheiten, welche sich auf Eingriffe in alliiertes Eigentum bezogen, drehte sich die Besprechung um die prinzipiellen Fragen, ob der Abteilung für fremde Interessen russischerseits ermöglicht werde, an Ort und Stelle

ihre Arbeiten zu beendigen. Ossokin hielt unserm Wunsch entgegen, dass er Weisungen erhalten habe, sämtlichen Vertretungen fremder Staaten, wie auch der Vertretung des Vatikans mitzuteilen, dass diese abzureisen hätten. Indessen sei er gerne bereit, eine schriftliche diesbezügliche Eingabe unsererseits in direktem Kontakte mit dem Aussenkommissariat zu behandeln. Diese Eingabe wurde ihm auch am selben Tage noch überreicht (eine Kopie befindet sich im Nachtrag zum Protokoll über die oben erwähnte Besprechung vom 23. März 1945).

Am 24. März fand eine weitere Besprechung im Hotel Britannia statt, an welcher in Abwesenheit von Ossokin sein Stellvertreter uns mitteilte, dass trotz unserer Eingabe die Abreise auch für uns obligatorisch sei. Der Grund hiefür müsse in der Tatsache gesucht werden, dass alle diese Gesandtschaften mit der früheren ungarischen Regierung verhandelt haben und diese zum Teil auch anerkannt hatten. Nach Anerkennung der neuen ungarischen Regierung seitens der beteiligten Staaten könnten neue Gesandtschaften ins Leben gerufen werden. Ossokin habe am selben Tage eine direkte telephonische Bestätigung dieser Stellungnahme erhalten.

Auf eine weitere Diskussion der Frage wurde anlässlich dieser Besprechung verzichtet, da wir in der Zwischenzeit am damaligen Sitze der alliierten Kontrollmission in Debreczin Schritte unternommen hatten, eine überstürzte Abreise zu verhindern.

Am 27. März 1945 erhielt denn auch unsere Abteilung ein Schreiben, dass Konsul Lutz, Herr Steiner und Dr. Zürcher in Budapest verbleiben können, während das übrige Personal sofortige Vorbereitungen zur Abreise zu treffen habe (der Text des Schreibens, welches das einzige Schriftstück war, welches wir je von russischer Seite erhielten, befindet sich im Nachtrage zum Protokoll über die Verhandlungen vom 24. März 1945).

Am 4. April 1945 erfolgte der erste Kontakt mit dem Vertreter der amerikanischen Mission. Gemeinsame Besprechungen mit diesem sowie mit dem in der Zwischenzeit ebenfalls eingetroffenen Vertreter der britischen Mission wurden am 5. April 1945 aufgenommen.

In der Mittagsstunde dieses Tages erschien wiederum der Stellvertreter von Ossokin in Begleitung eines weiteren Herrn in unserm Büro und teilte mit, dass Herr Konsul Lutz und Herr Hans Steiner im Gegensatz zu der schriftlichen Zusage vom 27. März abreisen müssten und dass es sich hier um einen endgültigen Entscheid handle. Mir selbst wurde wegen meiner wirtschaftlichen Tätigkeit gestattet, in Budapest zu verbleiben und es wurde mir zugleich die Erlaubnis erteilt, die Liquidierung der Abteilung für fremde Interessen in die Wege zu leiten. Auf meine Einwendungen, dass auch ein diplomatischer Vertreter des Politischen Departements in Budapest bleiben müsse, wurde nochmals betont, der Beschluss sei endgültig, ich könne mir aber an Ort und Stelle die notwendige Hilfe aus Kreisen der Schweizerkolonie organisieren.

Die Vertreter der amerikanischen und englischen politischen Mission, welche bei der Besprechung anwesend waren, versuchten ihrerseits, auf unsern Wunsch hin zu intervenieren, jedoch ohne Erfolg.

Ueber die weitem Arbeiten und die Liquidierung der Abteilung für fremde Interessen wurden Sie bereits durch meine mit dem amerikanischen Kurier nach Bern gesandten Lageberichte vom 22. Juni, 8. August, 19. Oktober sowie durch meinen Schlussbericht vom 20. Oktober 1945 orientiert.

Zum Schluss dieser summarischen Darstellung möchte ich auf die wichtige Mithilfe meines treuen Mitarbeiters und Freundes Herrn Ernst Vonrufs hinweisen, welcher mir während der ganzen Zeit zur Seite stand und sich in selbstloser Weise für die Belange der schweizerischen Gesandtschaft einsetzte. Von Bedeutung war auch die Mitarbeit von Herrn Emanuel Meyer, welcher als Vertreter der Aluminium Neuhausen in Ungarn tätig war und während der Liquidationsarbeiten der Abteilung wertvolle Dienste leistete.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Beilagen.

